



06.02.2013 | Nr. 067/13

Hans-Jörn Arp und Heiner Rickers: Für die Menschen in Steinburg und Dithmarschen ist das Aus für Prinovis eine Katastrophe

Die Steinburger Landtagsabgeordneten Hans-Jörn Arp und Heiner Rickers haben heute (06. Februar 2013) das Aus für die Druckerei Prinovis als Katastrophe für die Region bezeichnet. Sie erinnerten die Spitze des Bertelsmann-Konzerns an ihren Teil der Verantwortung für frühere Fehlentscheidungen, die heute die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes erheblich beeinträchtigten. Der Konzern sei in der Pflicht gegenüber den Mitarbeitern. Die Landesregierung müsse sich nun verstärkt um die Region kümmern.

„Durch die Entscheidung der Gesellschafter ist nicht nur das Schicksal von über 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Prinovis besiegelt. Ebenso betroffen sind unzählige Zulieferer, Handwerker und Dienstleister in der gesamten Region. Für die Menschen in Steinburg und Dithmarschen ist das Aus für Prinovis eine Katastrophe“, so Arp und Rickers.

Allein der Kreis Steinburg sei in den vergangenen Jahren bereits durch das Ende von fünf Bundeswehrstandorten hart getroffen worden. Nachdem nun auch der bislang größte private Arbeitgeber schließe, benötige der Kreis unbedingt die Unterstützung der Landesregierung.

„Der Bertelsmann Konzern mit der Familie Mohn an der Spitze steht nun in besonderer Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei geht es um weit mehr, als die moralische Pflicht zur Hilfe. Denn die Konzernspitze trifft eine Teilschuld an der jetzigen Situation“, so Arp.

Aufgrund früherer Entscheidungen der Konzernspitze in Gütersloh müsse Prinovis im Vergleich zu Wettbewerbern heute etwa zehn Millionen Euro im Jahr zusätzlich an Sozial- und Altersversorgung erwirtschaften.

„Diesen Wettbewerbsnachteil können die Arbeitnehmer nicht ausgleichen. Für diesen Wettbewerbsnachteil tragen jedoch weder die Arbeitnehmer, noch die Verantwortlichen bei Prinovis die Schuld. Die Entscheidungen hat die Konzernspitze vor Jahren getroffen. Die Folgen dieser Entscheidung dürfen jetzt nicht auf den Standort abgeschoben werden“, erklärte Rickers.

Arp und Rickers forderten die Landesregierung auf, nun positive Signale für die gesamte Region zu setzen. „Die Region braucht nach diesem Schlag dringend

Rückendeckung“, so Arp und Rickers.